

315/2003

Stuttgart, den 05.12.2003

Grüne schlagen Alarm:

„Koch-Steinbrück“ bedeutet Zugstreichungen und Streckenstilllegungen im Land

MdL Boris Palmer: Schwarz-rote Koalition gegen den Schienenverkehr stoppen – Dringlicher Antrag noch vor Beschlussfassung im Bundesrat

Die Grünen im Landtag haben sich mit einem dringlichen Antrag gegen die Kürzungspläne im Schienenverkehr gewandt, die von den Ministerpräsidenten Koch (Hessen) und Steinbrück (NRW) vorgeschlagen werden. Der Landtag soll noch vor der am 19. Dezember anstehenden Beschlussfassung über den Subventionsabbau im Bundesrat eine Resolution gegen den Kahlschlag im Schienenverkehr verabschieden.

Die Landesregierung wird darin aufgefordert, „im Bundesrat eine Kürzung der Finanzhilfen des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr nach dem Regionalisierungsgesetz abzulehnen und keinem Beschluss zuzustimmen, der notwendige Einsparungen einseitig dem Schienenverkehr auferlegt, aber den Straßen- und Luftverkehr beim Subventionsabbau ausnimmt“.

Hintergrund sind von Koch und Steinbrück vorgelegten Pläne zum Subventionsabbau. Im Bereich des Schienenverkehrs sollen ab 2006 jährlich 1,9 Mrd. € gekürzt werden. Kürzungen im Bereich des Straßen- und Luftverkehrs sind hingegen nicht vorgesehen. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, hält diese Idee für empörend: „Schienen rausreißen, Straßen ausbauen und den Himmel steuerfrei halten, das ist ein schwarz-roter Rückfall in die antiökologische Steinzeit.“

Das Land als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Schiene wäre von einer Realisierung der Koch-Steinbrückschen Vorschläge unmittelbar betroffen. Die Zuweisungen des Bundes an das Land Baden-Württemberg für Betrieb und Ausbau des öffentlichen Verkehrs würden bis 2006 jährlich um 4% sinken statt um 1,5% anzusteigen.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, hat errechnet, dass das Land im Jahr 2006 knapp 120 Mio. € weniger Bundesmittel für den öffentlichen Verkehr erhalten würde als bislang gesetzlich vorgesehen. Palmer: „Wenn diese schwarz-roten Pläne Wirklichkeit werden, stehen im Land Streckenstilllegungen und Zugstreichungen an. Statt Ausbau wäre dann Rückbau des öffentlichen Verkehrs angesagt. Ob das Land den mit der DB Regio für 13 Jahre geschlossenen Verkehrsvertrag unter diesen Bedingungen erfüllen könnte, erscheint mehr als fraglich.“

Palmer fordert die Landesregierung auf, Farbe zu bekennen und sich schon im Vermittlungsausschuss gegen einseitige Kürzungen bei Bus und Bahn zu wehren: „Vor einem Jahr waren Verkehrsminister Müller die Erhöhung der Bundesmittel für den Nahverkehr zu niedrig. Man müsste erwarten können, dass er dann zumindest daran mitwirkt, Kürzungen zu verhindern.“

Wie ernst die Lage ist, ist für Palmer auch an den jüngsten Verlautbarungen aus der Region Stuttgart abzulesen. Oberbürgermeister Schuster, Regionaldirektor Steinacher und der Böblinger Landrat Meier hatten eindringlich vor einer Kürzung der Zuschüsse für den öffentlichen Verkehr gewarnt. Palmer: „Ich hoffe, dass diese Appelle von der Landesregierung gehört werden.“